

5666/J XX.GP

Anfrage

der Abgeordneten Großruck, Dkfm. Mag. Mühlbacher
und Kollegen

an die Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales
betreffend Frühpensionierungen in Großkonzernen

Spricht man in der heutigen Zeit von Sozialmißbrauch, so meint man hauptsächlich jene Menschen, die ungerechtfertigt die Vorteile des Sozialstaates ausnutzen - so zum Beispiel Arbeitslose, die zwar von ihrer körperlichen Konstitution her einer ihnen angebotenen Beschäftigung nachgehen könnten, dies aber anscheinend nicht wollen.

Nun gibt es aber auch einen Sozialmißbrauch, der "ganz oben" angesiedelt ist, speziell im Dienstleistungssektor und hier insbesondere bei Banken, Versicherungen und ehemals verstaatlichten Betrieben. Leitende Angestellte, Manager und ältere Arbeitnehmer werden, weil sie vielfach nicht mehr ins Firmenbild passen oder unflexibel sind, in die Frühpension geschickt. Diese Maßnahmen mit wirtschaftlichen Gründen zu rechtfertigen, ist nicht möglich, wenn man die Dividenden, die besagte Unternehmen an ihre Eigentümer zahlen, betrachtet.

Deshalb richten die unterfertigten Abgeordneten an die Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales nachstehende

A n f r a g e:

- 1) Gibt es in Ihrem Ministerium Statistiken über diese Personengruppe?
- 2) Wenn ja, wie schauen die Ergebnisse aus, insbesondere auch im Vergleich mit den Vorjahren?
- 3) Welche Kosten verursachen diese Frühpensionen?
- 4) Wieviele Personen sind bei den ÖBB, der PTA, der OMV, dem Verbund und bei Banken von solchen Maßnahmen betroffen?
- 5) Wie hoch sind dafür die Kosten der öffentlichen Hand ?
- 6) Sind Sie der Meinung, daß diesem Sozialmißbrauch legislativ begegnet werden kann?